

ERGEBNISNIEDERSCHRIFT

über die 7. Sitzung des Bezirkstages von Oberfranken
am 11.12.2024

Großer Sitzungssaal im Wirtschaftsgebäude, Cottenbacher Straße 23,
95445 Bayreuth

ANWESENDE

Vorsitzender

Herr Henry Schramm	
--------------------	--

Beschließende Mitglieder

Frau Eva Döhla	
Herr Dr. Harald Fichtner	
Herr Wolfgang Grader	
Herr Dr. Oliver Hammrich	
Herr Manfred Hümmer	
Herr Johann Kalb	
Herr Florian Köhler, MdL	
Herr Christian Meißner	
Herr Mario Schulze	
Herr Dr. Ulrich Schürr	
Herr Thomas Söder	
Herr Klaus Peter Söllner	
Herr Dr. Stefan Specht	
Herr Sebastian Straubel	

Herr Florian Wiedemann	
Herr Dr. Andreas Zippel	

Regierungsvizepräsident

Herr Thomas Engel	
-------------------	--

Schriftführung

Frau Birgit Stadter	
---------------------	--

Verwaltung

Herr Florian Bergmann	
Herr Christian Löhr	
Herr Peter Meyer	
Herr Simon Moritz	
Herr Werner Roder	
Frau Marianne Witton	
Frau Sabine Heid	

ENTSCHULDIGT

Beschließende Mitglieder

Frau Dagmar Keis-Lechner	
--------------------------	--

TAGESORDNUNG

Öffentliche Sitzung

- TOP 1 Würdigung der Finanzlage der Bezirksumlagezahler bei der Festsetzung des Bezirksumlagehebesatzes im Rahmen des Bezirkshaushalts 2025

- TOP 2 Beschlussfassung über die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan des Bezirks Oberfranken für das Jahr 2025

- TOP 3 Beratung und Beschlussfassung über den Finanzplan des Bezirks Oberfranken 2024 bis 2028

- TOP 4 Beratung und Beschlussfassung über das Investitionsprogramm des Bezirks Oberfranken 2024 bis 2028

- TOP 5 Bekanntgaben

BTP Schramm eröffnet um 11:00 Uhr die **7. Sitzung des Bezirkstages von Oberfranken**. Er begrüßt die Anwesenden, im Besonderen Herrn Regierungsvizepräsidenten Engel, die Vertreter der Presse und TVO Oberfranken sowie die anwesenden Beschäftigten der Bezirksverwaltung. Er stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest. Einwände gegen die Tagesordnung werden nicht erhoben.

Während der Sitzung wird die Niederschrift über die 6. Sitzung des Bezirkstages von Oberfranken vom 19.11.2024 in Umlauf gegeben. Einwendungen hiergegen werden während der Sitzung nicht erhoben. Die Niederschrift gilt damit als genehmigt.

Öffentliche Sitzung

TOP 1 Würdigung der Finanzlage der Bezirksumlagezahler bei der Festsetzung des Bezirksumlagehebesatzes im Rahmen des Bezirkshaushalts 2025

BTP Schramm teilt mit, dass die Verwaltung bei Erstellung des ursprünglichen Etatentwurfs für 2025 davon ausgegangen ist, dass die staatliche Ausgleichsmasse im kommenden Jahr nicht erhöht wird. Auf dieser Basis hätte 2025 der Hebesatz der Bezirksumlage auf mindestens 21,6 % angehoben werden müssen.

BTP Schramm informiert, dass der Bezirk durch die seitens der Staatsregierung nunmehr in Aussicht gestellte Anhebung der staatlichen Ausgleichsmasse in 2025 um etwa 0,6 Hebesatzpunkte entlastet wird und diese Entlastung 1:1 an die Umlagezahler weitergegeben wird. Dies reicht jedoch bei weitem nicht aus um eine Hebesatzerhöhung vollständig zu vermeiden. Abhängig davon, ob der sich für 2024 abzeichnende Fehlbetrag in einer Größenordnung von 5 Millionen Euro im Jahr 2025 oder im Jahr 2026 ausgeglichen wird, ergibt sich für 2025 ein Hebesatzbedarf von 21,3 bzw. 21,0 %.

Beschluss:

1. Der Bezirkstag von Oberfranken nimmt von den Ausführungen der Verwaltung vom 25.11.2024 zur Finanzlage der Bezirksumlagezahler Kenntnis.
2. Im Rahmen der gebotenen Abwägung der berechtigten Interessen der Bezirksumlagezahler und der verfassungsrechtlich gebotenen aufgabenadäquaten Finanzausstattung der Bezirksumlagezahler einerseits und dem notwendigen und anderweitig nicht gedeckten Finanzbedarf des Bezirks Oberfranken andererseits, erachtet der Bezirkstag von Oberfranken eine Anhebung des Bezirksumlagehebesatzes auf bis zu 21,3 Hebesatzpunkte im Etatentwurf 2025 als angemessen. Eine Verletzung des Rechts auf aufgabenadäquate Finanzausstattung der kreisfreien Städte und Landkreise in Oberfranken wurde weder vorgetragen, noch ist diese für den Bezirkstag aus den von den Bezirksumlagezahlern übermittelten Daten und auch ansonsten ersichtlich.

Abstimmungsergebnis:

Anwesend	<u>17</u>
Stimmberechtigt	<u>17</u>
Ja-Stimmen	<u>17</u>
Nein-Stimmen	<u>0</u>
Bei der Abstimmung fehlte:	--

TOP 2 **Beschlussfassung über die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan des Bezirks Oberfranken für das Jahr 2025**

Antrag der AfD-Bezirkstagsfraktion vom 29.11.2024 bezüglich der Finanzierung des Bezirksjugendrings im Haushalt 2025

Der Antrag der AfD-Bezirkstagsfraktion vom 29.11.2024 (s. Anlage) wird in der Sitzung aufgelegt.

Beschluss 1:

Der Bezirkstag beschließt die Förderung des Bezirksjugendrings Oberfranken aus Mitteln des Bezirks Oberfranken mit Wirkung ab dem Haushaltsjahr 2025 auf 250.000 EUR abzusenken und dies im Haushaltsplan 2025 entsprechend zu veranschlagen.

Abstimmungsergebnis:

Anwesend:	<u>17</u>
Stimmberechtigt:	<u>17</u>
Ja-Stimmen:	<u>3</u>
Nein-Stimmen	<u>14</u>
Bei der Abstimmung fehlte(n):	--

Für diesen Antrag stimmen BR Schulze, BR Dr. Hammrich und BR Köhler.

BTP Schramm hält die Haushaltsrede. Sie ist in der Anlage beigefügt.

BR Meißner dankt BTP Schramm sowie den Kolleginnen und Kollegen des Bezirkstags für die sachgerechte und konstruktive Beratung des Zahlenwerks. Er erkennt die Notwendigkeit der Hebesatzerhöhung an und plädiert zudem für einen Ausgleich des für das laufende Jahr zu erwartenden Fehlbetrags im Jahr 2025. Für die CSU-Fraktion stellt er Zustimmung zum Etatentwurf und Beschlussvorschlag 1 (21,3 Hebesatzpunkte) in Aussicht.

BR Hümmer nimmt für die Fraktion der Freien Wähler Stellung zum Haushalt. Seine Ausführungen liegen der Niederschrift bei.

BR Dr. Zippel nimmt für die SPD Stellung zum Haushalt. Seine Ausführungen liegen bei.

BR Grader nimmt für die Grünen Stellung zum Haushalt. Seine Ausführungen sind der Niederschrift beigelegt.

BR Dr. Hammrich nimmt für die Fraktion der AfD Stellung zum Haushalt. Seine Ausführungen liegen der Niederschrift bei.

Beschluss 2:

Der Bezirkstag beschließt den Entwurf der Haushaltssatzung 2025 mit einem Hebesatz der Bezirksumlage in Höhe von einheitlich 21,3 Hebesatzpunkten in der Fassung vom 02.12.2024 sowie den Haushaltsplan 2025 in der Fassung vom 13.11.2024 (Einbringung) mit der Maßgabe der im Sachbericht unter Nr. 5 dargelegten Änderungen einzelner Haushaltsstellen.

Abstimmungsergebnis:

Anwesend: 17

Stimmberechtigt: 17

Ja-Stimmen: 14

Nein-Stimmen 3

Bei der Abstimmung fehlte(n): --

Die Fraktion der AfD, BR Schulze, BR Dr. Hammrich und BR Köhler, stimmen nicht zu.

Beschluss:

Der Bezirkstag beschließt den als **Anlage 1** beigefügten Finanzplan des Bezirks Oberfranken für die Jahre 2024 bis 2028 in der Fassung vom 02.12.2024.

Abstimmungsergebnis:

Anwesend	16
Stimmberechtigt	16
Ja-Stimmen	16
Nein-Stimmen	0

Bei der Abstimmung fehlte: BR Dr. Fichtner

TOP 4 **Beratung und Beschlussfassung über das Investitionsprogramm des Bezirks Oberfranken 2024 bis 2028**

Beschluss:

Der Bezirkstag beschließt den beiliegenden Entwurf des Investitionsprogramms des Bezirks Oberfranken für die Jahre 2024 bis 2028 in der Fassung vom 02.12.2024.

Abstimmungsergebnis:

Anwesend	16
Stimmberechtigt	16
Ja-Stimmen	16
Nein-Stimmen	0

Bei der Abstimmung fehlte: BR Dr. Fichtner

TOP 5 **Bekanntgaben**

BTP Schramm bedankt sich bei den Mitgliedern des Bezirkstags über die Parteigrenzen hinaus und bei RVP Engel für die gute Zusammenarbeit. Ebenso geht sein Dank an alle Mitarbeiter des Bezirks und der GeBO für ihren Einsatz.

Er wünscht allen ein frohes Weihnachtsfest und lädt im Anschluss an die Sitzung zum gemeinsamen Haushaltessen in den großen Konferenzraum ein.

Ende der Sitzung: 12:45 Uhr

gez. Henry Schramm

Vorsitzender

gez. Stadter

Schriftführung



**FRAKTION DER ALTERNATIVE FÜR DEUTSCHLAND
IM BEZIRKSTAG OBERFRANKEN**

AfD Fraktion BezT Ofr Postfach 160104 95427 Bayreuth

Bezirk Oberfranken

z. Hd. Herr Bezirkstagspräsident Schramm

Cottenbacher Straße 23

95445 Bayreuth

E 11.12.24

Bezirksrat

Mario Alexander Schulze

Vorsitzender der

AfD-Fraktion im Bezirkstag

Oberfranken

11. Dezember 2024

Festhalten der Voten in der Niederschrift; Art. 45 Abs. 1 S. 3 BezO

AfD Fraktion

im Bezirkstag Oberfranken

Postfach 16 01 04

95427 Bayreuth

info@afd-bezirkstag-ofr.de

www.afd-bezirkstag-ofr.de

Sehr geehrter Bezirkstagspräsident Schramm,

hiermit verlangen die Mitglieder der Fraktion der AfD im Bezirkstag Oberfranken, dass in der Niederschrift zur 7. Sitzung des Bezirkstages von Oberfranken und der zur 6. Sitzung des Bezirksausschusses festgehalten wird, wie die Mitglieder der AfD-Fraktion bei allen stattfindenden Abstimmungen jeweils abgestimmt haben.

Mit freundlichen Grüßen

Bezirksrat Mario Schulze

Fraktionsvorsitzender

Bezirksrat Dr. Oliver Hammrich

Stellvertretender Fraktionsvorsitzender

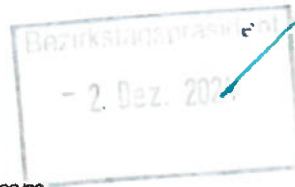
Bezirksrat Florian Köhler, MdL



**FRAKTION DER ALTERNATIVE FÜR DEUTSCHLAND
IM BEZIRKSTAG OBERFRANKEN**

AfD Fraktion BezT Ofr Postfach 160104 95427 Bayreuth

Bezirk Oberfranken
z. Hd. Herr Bezirkstagspräsident Schramm
Cottenbacher Straße 23
95445 Bayreuth



VERSENDET AM 30. NOV. 2024

Bezirksrat
Mario Alexander Schulze
Vorsitzender der
AfD-Fraktion im Bezirkstag
Oberfranken

29. November 2024

Finanzierung des Bezirksjugendrings Haushalt 2025

Unser Zeichen: 17/165

Berichterstatter: BR Florian Köhler

AfD Fraktion
im Bezirkstag Oberfranken
Postfach 16 01 04
95427 Bayreuth

info@afd-bezirkstag-ofr.de
www.afd-bezirkstag-ofr.de

Sehr geehrter Bezirkstagspräsident Schramm,

hiermit möchten wir im Namen der Fraktion der AfD im Bezirkstag Oberfranken folgenden Antrag einbringen.

Beschlussvorschlag:

Der Bezirkstag beschließt, die Förderung des Bezirksjugendrings Oberfranken aus Mitteln des Bezirks Oberfranken mit Wirkung ab dem Haushaltsjahr 2025 auf 250.000,00 EUR abzusenken und dies im Haushaltsplan 2025 entsprechend zu veranschlagen.

Begründung:

Der Bezirksjugendring in Oberfranken (BJRO) ist die Arbeitsgemeinschaft der oberfränkischen Jugendverbände und der Stadt- und Kreisjugendringe. Oberstes Ziel des Bezirksjugendrings Oberfranken sollte es sein, sich durch Jugendarbeit und Jugendpolitik für die Belange aller jungen Menschen in Oberfranken einzusetzen. Er sucht dazu die Zusammenarbeit mit Verbänden, öffentlichen Stellen, Institutionen und Organisationen, die in diesen Bereichen wirken, § 2 der Satzung des Bayerischen Jugendrings.

Dieses Ziel verfehlt der BJRO regelmäßig. Jüngst musste die eigene Radiosendung eingestellt werden, da sich weder geeignete Mitarbeiter noch genügend Jugendliche für das Format fanden. Das Radioprojekt fiel an einen anderen Anbieter. Bei den Beratungen zum Haushalt für das Jahr 2024 wurde die massive Erhöhung der Mittel für den Bezirksjugendring damit begründet, dass keine Projekte aufgrund von mangelnden Finanzmitteln eingestellt werden sollen – nun



FRAKTION DER ALTERNATIVE FÜR DEUTSCHLAND IM BEZIRKSTAG OBERFRANKEN

werden dennoch Projekte eingestellt; die Zuschüsse für den BJRO sollen aber gleich bleiben. Der Bezirkstag wurde darüber von den Vertretern des Bezirksjugendrings nicht informiert.

Die Programme und Vorhaben des BJRO werden vom Großteil der oberfränkischen Jugend schlicht und ergreifend nicht angenommen. Die Konzepte und der BJRO sind nicht zeitgemäß und überholt. Die Anzahl der Jugendlichen, die die Angebote des BJRO in Anspruch nehmen, steht in keinem Verhältnis zu den Kosten, die der BJRO verursacht.

Der Bezirk fördert eine Vielzahl von Projekten. Die meisten dieser Projekte haben einen viel größeren Nutzen für die Allgemeinheit und benötigen dafür nur einen Bruchteil der Mittel, die der Bezirksjugendring beansprucht. Aufgrund der aktuellen Haushaltslage ist es daher angeraten, die Mittel für den BJRO auf ein angemessenes Maß zu reduzieren. Es kann nicht sein, dass die Umlagezahler in Oberfranken weiterhin so belastet werden wie in Zeiten, in denen der Bezirk mit einer anderen Haushaltssituation konfrontiert war, die mehr Spielräume zugelassen hat.

Auch der Bezirksjugendring muss sich – genau wie nahezu jeder Landkreis, jede kreisfreie Stadt und jede Gemeinde in Bayern – an die aktuelle Situation anpassen und mit niedrigeren Einnahmen lernen umzugehen.

Der sorgsame und bedachte Umgang mit Steuergeld ist eine Grundlage von kommunalpolitischen Entscheidungen. Der effiziente Umgang mit knappen Ressourcen ist eine wichtige Lektion, die gerade auch an kommende Generationen vermittelt werden sollte. Durch die steigenden Zuschüsse für den BJRO erweckt der Bezirk den Eindruck, dass stetige Mehrausgaben oder Mehrkosten immerzu durch steigende Zuschüsse kompensiert werden können. Dies entspricht jedoch nicht den Tatsachen. Kommt der BJRO nicht mit seinen Zuwendungen zurecht, so muss er Mittel und Wege finden, die benötigten Geldmittel anderweitig zu bekommen, oder er muss Einsparungen vornehmen.



FRAKTION DER ALTERNATIVE FÜR DEUTSCHLAND IM BEZIRKSTAG OBERFRANKEN

In diesen Zeiten sollte der Bezirksjugendring in dieser Hinsicht nicht durch den Bezirkstag bessergestellt werden als jedes andere Unternehmen in kommunaler Trägerschaft oder jede Gemeinde, die in einer vergleichbaren Lage ist.

Wir bitten daher um Zustimmung zu unserem Antrag.

Mit freundlichen Grüßen


Bezirksrat Mario Schulze
Fraktionsvorsitzender


Bezirksrat Dr. Oliver Hammrich
Stellvertretender Fraktionsvorsitzender


Bezirksrat Florian Köhler, MdL



FRAKTION DER ALTERNATIVE FÜR DEUTSCHLAND IM BEZIRKSTAG OBERFRANKEN

AfD Fraktion BezT Ofr Postfach 160104 95427 Bayreuth

Bezirk Oberfranken

z. Hd. Herr Bezirkstagspräsident Schramm

Cottenbacher Straße 23

95445 Bayreuth

11.12.2024

Bezirksrat

Mario Alexander Schulze

Vorsitzender der

AfD-Fraktion im Bezirkstag

Oberfranken

11. Dezember 2024

Änderungsantrag zum Haushaltsentwurf 2025 I; Zuwendungen ohne vorliegenden Förderantrag

Unser Zeichen: 17/169

Berichterstatter: BR Dr. Oliver Hammrich, BR Mario Schulze

AfD Fraktion

im Bezirkstag Oberfranken

Postfach 16 01 04

95427 Bayreuth

info@afd-bezirkstag-ofr.de

www.afd-bezirkstag-ofr.de

Sehr geehrter Bezirkstagspräsident Schramm,

hiermit möchten wir im Namen der Fraktion der AfD im Bezirkstag Oberfranken folgende Änderungsanträge zum Haushalt 2025 einbringen.

Beschlussvorschlag:

Der Bezirkstag beschließt, folgende Haushaltsstellen zu streichen:

1. 0.5900.7184; Naturparke; 100.000,00 EUR
2. 0.7800.7180; Bezirksverb. Oberfranken für Gartenbau und Landespflege e.V.; 3.000,00 EUR
3. 0.7801.7180; Förderung der Fischerei; 2.500,00 EUR
4. 0.3320.7180; Chorakademie Weißenohe; 20.000,00 EUR
5. 0.3321.7180; Kursteilnehmer Haus Marteau; 2.500,00 EUR
6. 1.3310.9871; kulturelle Investitionsaufwendungen; 50.000,00 EUR
7. 0.3210.7120; Oberfränkische Museen (Zuschüsse für Landschaftsmuseen); 49.000,00 EUR
8. 0.3210.7130; Zweckverband „Erinnerungs- u. Zukunftsort Heil- u. Pflegeanstalt Erla.“; 10.000,00 EUR
9. 0.3409.7180; Freunde der Wallfahrtsbasilika Marienweiher; 10.000,00 EUR
10. 0.3409.7180; Fichtelgebirgsverein e.V.; 15.000,00 EUR
11. 0.3320.7180; Coburger Operetten Freunde e.V.; 5.000,00 EUR



FRAKTION DER ALTERNATIVE FÜR DEUTSCHLAND IM BEZIRKSTAG OBERFRANKEN


Begründung:

Alle vorgenannten freiwilligen Leistungen wurden in den Haushalt eingestellt, ohne dass es einen Antrag für die Bewilligung dieser Zuwendungen seitens der Zuwendungsempfänger gegeben hat oder zumindest wurden solche Anträge den Ausschüssen bzw. dem Bezirkstag nicht vorgelegt. Daher ist es aus unserer Sicht nicht möglich, die entsprechenden Zuwendungen in den Haushalt einzustellen. Ein solches Vorgehen entspricht nicht den entsprechenden Richtlinien des Bezirks Oberfranken.

Auch wenn die freiwilligen Leistungen nicht den Schwerpunkt des gegenständlichen Haushaltsvolumens ausmachen, so hat der Bezirkstag durch diesen vorliegenden Antrag die Möglichkeit, mehr als 250.000,00 EUR einzusparen und die Umlagezahler weiter zu entlasten. Trotz der vorgeschlagenen Einsparungen würde der Bezirk verschiedenen Vereinen weiter Zuwendungen zukommen lassen, welche dies auch entsprechend den Richtlinien beantragt haben. Nur auf dieser Grundlage können die Mitglieder des Bezirkstags tatsächlich eine Entscheidung darüber treffen, ob ein Projekt einer Förderung durch den Bezirk Oberfranken würdig ist oder nicht. Eine pauschale, alljährliche – mehr oder weniger aus Tradition resultierende – Unterstützung eines Zuwendungsempfängers lehnen wir ab.

Wir bitten daher um Zustimmung zu unseren Änderungsanträgen.

Mit freundlichen Grüßen


Bezirksrat Mario Schulze
Fraktionsvorsitzender


Bezirksrat Dr. Oliver Hammrich
Stellvertretender Fraktionsvorsitzender


Bezirksrat Florian Köhler, MdL



FRAKTION DER ALTERNATIVE FÜR DEUTSCHLAND IM BEZIRKSTAG OBERFRANKEN

AfD Fraktion BezT Ofr Postfach 160104 95427 Bayreuth

Bezirk Oberfranken

z. Hd. Herr Bezirkstagspräsident Schramm

Cottenbacher Straße 23

95445 Bayreuth

EM 11.12.2024

Bezirksrat

Mario Alexander Schulze

Vorsitzender der

AfD-Fraktion im Bezirkstag

Oberfranken

11. Dezember 2024

Änderungsantrag zum Haushaltsentwurf 2025 II; Stellenplan 2025

Unser Zeichen: 17/168

Berichterstatter: BR Dr. Oliver Hammrich, BR Mario Schulze

AfD Fraktion

im Bezirkstag Oberfranken

Postfach 16 01 04

95427 Bayreuth

info@afd-bezirkstag-ofr.de

www.afd-bezirkstag-ofr.de

Sehr geehrter Bezirkstagspräsident Schramm,

hiermit möchten wir im Namen der Fraktion der AfD im Bezirkstag Oberfranken folgenden Änderungsantrag einbringen.

Beschlussvorschlag:

Der Bezirkstag beschließt, im Stellenplan (Einzelplan 0 Unterabschnitt 200) die Stelle mit der lfd. Nr. 16, „Verw.-Ang.“; Entgeltgruppe 9b, zu streichen.

Begründung:

Das Präsidialbüro ist bereits in der bisherigen Stellenaufstellung sehr gut besetzt und macht eine sehr gute Arbeit. An der anfallenden Arbeitsbelastung hat sich nichts Wesentliches im Vergleich zum letzten Haushaltsjahr geändert. In dem entsprechenden Abschnitt im Stellenplan ist nicht nur das Präsidialbüro, sondern auch das Personal für die Öffentlichkeitsarbeit eingestellt.

Die Öffentlichkeitsarbeit des Bezirks Oberfranken ist – auch im Vergleich zu anderen Bezirken oder gar dem Bayerischen Bezirkstag – sehr gut. Es ist nicht notwendig, eine weitere – wohl dauerhafte – Stelle zu etablieren, die in diesem Bereich arbeiten soll. Die Arbeit wird durch die bisher damit betrauten Mitarbeiter gut und bei Weitem ausreichend bewältigt.

Gerade in diesen Zeiten sollte es im Interesse aller Mitglieder des Bezirkstags sein, keine neuen Stellen zu schaffen, die nicht auch zwingend für die Bewältigung der Arbeit benötigt werden. Dies ist auch nur fair gegenüber den sonst einzustellenden



FRAKTION DER ALTERNATIVE FÜR DEUTSCHLAND IM BEZIRKSTAG OBERFRANKEN

neuen Mitarbeitern, die sich darauf verlassen, dass der Bezirk langfristig in der Lage ist, eine solche Stelle zu finanzieren. Ob dies tatsächlich der Fall ist, ist aufgrund der aktuellen Entwicklung der Finanzen aus Sicht der AfD-Fraktion nicht absehbar. Es sollte daher die Entscheidung getroffen werden, die Stelle wieder aus dem Stellenplan hinauszunehmen.

Wir bitten daher um Zustimmung zu unserem Änderungsantrag.

Mit freundlichen Grüßen

Bezirksrat Mario Schulze
Fraktionsvorsitzender

Bezirksrat Dr. Oliver Hammrich
Stellvertretender Fraktionsvorsitzender

Bezirksrat Florian Kohler, MdL

Haushaltsrede von Bezirkstagspräsident Henry Schramm für das Jahr 2025

11. Dezember 2024 (Stand: 11.12., Verf.: PB-Mo)

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

(Einleitung – Verlässlichkeit in Zeiten schwerer Krisen)

Beständigkeit und Verlässlichkeit – mit diesen beiden Begriffen lässt sich die Finanzpolitik des Bezirks Oberfranken im vergangenen Jahrzehnt immer noch treffend beschreiben.

Unser Haushalt war über diesen Zeitraum hinweg gekennzeichnet durch eine konstant niedrige Bezirksumlage, die zuverlässige Erfüllung unserer sozialen Aufgaben und gezielte Investitionen, die sich stets an unseren finanziellen Möglichkeiten orientierten.

Diese Verlässlichkeit erscheint aktuell notwendiger denn je – denn wir sind uns sicher einig: Wir leben in schwierigen und unsicheren Zeiten!

Der völkerrechtswidrige russische Angriffskrieg auf die Ukraine dauert bald schon drei Jahre an, auch wir in Deutschland spüren unmittelbar dessen Folgen - durch zigtausende Geflüchtete und durch umfassende finanzielle Unterstützung.

Gleiches gilt für Syrien, wo der bereits seit fast 14 Jahren währende Bürgerkrieg zurzeit wieder so gewaltsam und mit offenen Gefechten tobt, wie schon sehr lange nicht mehr. Dies führt zu anhaltenden Konflikten in einer Weltregion, die spätestens seit dem brutalen Terrorangriff der Hamas auf Israel im Oktober letzten Jahres ohnehin schon höchst destabilisiert ist.

In den USA steht Donald Trump kurz vor Beginn seiner zweiten Amtszeit und droht uns Europäern schon jetzt mit umfassenden Handelsbeschränkungen, Strafzöllen und weniger amerikanischem Engagement in internationalen Organisationen.

Die Bundesrepublik Deutschland schafft auch im zweiten Jahr nacheinander kein wirtschaftliches Wachstum. In Folge der Rezession des Vorjahres und ausbleibender Steigerungen der Wirtschaftsleistung steigen die Arbeitslosenzahlen. Viele Menschen sind verunsichert, manche bangen um ihre Zukunft!

Und in Berlin ist die bisherige Bundesregierung zerbrochen, so dass es im Februar Neuwahlen geben wird.

Gerade in dieser schwierigen Zeit braucht es Verlässlichkeit für die Menschen in unserem Land, besonders für diejenigen, die tagtäglich auf unsere Hilfe angewiesen sind!

(unverzichtbare Hilfe für Tausende von Menschen)

Auch im Jahr 2025 bleibt dieser Weg unser Leitfaden. Der Haushaltsentwurf, den wir Ihnen heute präsentieren, ist ausgeglichen und ermöglicht es uns, unsere vielfältigen Aufgaben weiterhin in vollem Umfang und sachgerecht zu erfüllen.

Für Menschen mit Behinderungen, für pflegebedürftige Menschen und für Menschen mit psychischen Erkrankungen tragen die Bezirke eine besondere Verantwortung!

Und genau für diese Menschen gibt der Bezirk sein Geld aus.

Wir reden hier über etwa 17.000 Menschen, für die der Bezirk soziale Leistungen erbringt. Und wir reden über rund 12.000 stationäre und 30.000 ambulante Patienten im Jahr!

All diese Menschen (und natürlich auch die Träger der zahlreichen Einrichtungen und Dienste in Oberfranken) sind auf die Leistungen des Bezirks angewiesen - und dafür benötigen wir auch im kommenden Jahr einen stabilen und leistungsfähigen Haushalt!

(Verlauf der Vorberatungen)

Der „guten Ordnung halber“ möchte ich betonen, dass seit der Vorstellung des Haushalts am 19. November 2024 im Bezirkstag keine substantiellen Änderungen an den vorgelegten Zahlen vorgenommen wurden.

Am selben Tag hatten wir zudem die Gelegenheit, die politischen Vertreterinnen und Vertreter der oberfränkischen Kommunen und Landkreise in einer Hybrid-Veranstaltung umfassend über den Entwurf zu informieren.

Mein besonderer Dank gilt an dieser Stelle Herrn Christian Löhr und dem gesamten Team des Sachgebiets „Finanzen“, die unter oftmals herausfordernden Rahmenbedingungen eine gründliche und zeitnahe Vorbereitung des Etatentwurfs ermöglicht haben.

Damit haben wir eine hervorragende Grundlage für die heutige Verabschiedung des Haushalts geschaffen. Aber: So schwierig wie dieses Jahr, diese selbstgewählten Vorgaben einzuhalten und ein stabiles Zahlenwerk aufzustellen, war es wohl noch nie.

(Bezirksumlage)

Wir alle wissen, dass eine erneute Erhöhung der Bezirksumlage für die Kommunen in Oberfranken nicht leicht zu verkraften sein wird. Aber letztlich gibt es keinen anderen Weg als den Bezirksumlagehebesatz 2025 erneut – **auf nun 21,3 Hebesatzpunkte** - zu erhöhen.

Eine Entnahme von 16 Mio. € aus der Rücklage – wie noch im laufenden Jahr – ist 2025 nicht mehr möglich. Die Rücklagenmittel sind – mit Ausnahme der gesetzlich vorzuhaltenden Mindestrücklage – aufgebraucht. Mit der letztjährigen Entnahme hatten wir ganz bewusst auf finanzielle Spielräume für künftige Haushalte verzichtet, diese Entwicklung kann insofern also niemanden überraschen.

Viele der steigenden Ausgaben liegen jedoch außerhalb unseres direkten Einflusses: In den Pflegeeinrichtungen und der Behindertenhilfe beispielsweise haben zweistellige Tarifierhöhungen im öffentlichen Dienst zu entsprechend höheren Entgeltvereinbarungen geführt, die sich zum Teil massiv auf den Haushalt des Bezirks auswirken.

Das laufende Jahr werden wir – trotz einer Erhöhung des Hebesatzes um 1,5 Prozentpunkte – mit einem erheblichen Fehlbetrag in Höhe von mindestens 5 Mio. € abschließen. **Auch im Jahr 2023 hatten wir bereits einen Fehlbetrag von 9 Mio. € durch Rücklagenentnahmen ausgleichen müssen.**

Im Nachhinein betrachtet hätten wir vielleicht heuer schon den Hebesatz nicht um 1,5, sondern um 2 ganze Hebesatzpunkte erhöhen sollen. Das war auch der ursprüngliche Vorschlag der Verwaltung im Herbst 2023! Die erneute Anhebung in diesem Jahr erscheint auch aus diesem Grund als absolut unumgänglich.

Ich darf ganz deutlich nochmals daran erinnern: 8 Jahre lang hatte Oberfranken den niedrigsten Bezirksumlagehebesatz aller Bezirke. Im Interesse unserer Umlagezahler waren unsere Haushalte schon immer auf Kante genäht. Danken wird uns das - heute – aber wohl niemand mehr!

(Kernproblem: weitere Kostensteigerungen im Sozialbereich)

Um Missverständnisse zu vermeiden, möchte ich ganz klar betonen: Die Hebesatzpolitik der Vergangenheit ist trotz allem nicht das Problem!

Das eigentliche Problem ist, dass die Steigerungen im Sozialbereich nicht mehr durch Steigerungen der Wirtschaftskraft kompensiert werden. Fakt ist: Die Zahl der Leistungsempfänger steigt weiter, und dies wird alleine schon aus demografischen Gründen auf absehbare Zeit auch so bleiben.

Was auch zur Wahrheit gehört: Jahrelang hat insbesondere der Bund Standards im Sozialbereich erhöht und gleichzeitig seine Einnahmesituation verschlechtert: So wurden beispielsweise durch das Bundesteilhabegesetz und das Pflegewohnqualitätsgesetz die Anspruchstatbestände kontinuierlich ausgeweitet, gleichzeitig aber die Eigenbeteiligungen Betroffener und die Zuzahlungspflichten von Angehörigen reduziert.

Auch wenn das vielleicht jetzt nicht alle gerne hören: Das kann und das darf nicht so weitergehen! Es kann nicht mehr darum gehen, Sozialleistungen weiter auszubauen. Vielmehr muss es darum gehen, das bisherige – im internationalen Vergleich – hohe Niveau von Sozialleistungen zu halten.

Und da, wo man vielleicht - in wirtschaftlich guten Jahren - über das Ziel hinausgegangen ist, muss man den Mut aufbringen, Ansprüche wieder auf das, was wirklich notwendig ist, zu begrenzen.

Aber machen wir uns nichts vor: Änderungen an Leistungsgesetzen des Bundes wird es – zumindest kurzfristig und schon gar nicht unter dem Eindruck bevorstehender Wahlen – sicherlich nicht geben.

Ich bin mir bewusst, dass die erneute Anhebung der Bezirksumlage nicht auf ungeteilte Zustimmung und keinesfalls auf Begeisterung stoßen wird. Acht Jahre lang hat der Bezirk bewusst darauf verzichtet, Rücklagen anzulegen, um den Umlagezahlern möglichst viel finanziellen Spielraum zu lassen. Seit dem letzten Jahr befinden wir uns aber an einem Punkt, an dem die gestiegenen Anforderungen und Belastungen ein Handeln erfordern.

(Struktur und Volumen des Haushalts)

In Anbetracht dieser Entwicklungen ist die Anhebung des Bezirksumlagehebesatzes schmerzhaft, aber notwendig und angemessen. Mit **2,3 Punkten** liegt die Erhöhung am unteren Ende dessen, was wir für die langfristige Stabilität des Haushalts und die Bewältigung unserer zahlreichen Herausforderungen benötigen.

Der vorliegende Haushaltsentwurf verdeutlicht die Dimension dieser Herausforderungen: Mit einem Gesamtvolumen von 588,74 Millionen Euro steigt der Haushalt um mehr als 50 Millionen Euro, das entspricht einem Zuwachs von 9,4 %. Nahezu 94 % des Verwaltungshaushalts entfallen dabei auf den Sozialetat. Dies zeigt, wie zentral soziale Aufgaben für den Bezirk Oberfranken sind.

Die Schere zwischen Ausgaben und Einnahmen im Einzelplan 4 Soziales wird sich 2025 – so bildet es unser Etatentwurf auch ab – noch weiter öffnen: Prognostizierten Ausgaben von über 540 Mio. € stehen erwartete Einnahmen von gerade einmal 223 Mio. € gegenüber. Der Fehlbetrag wird sich also alleine in diesem Einzelplan nochmals um mehr als 30 Mio. € erhöhen!

(FAG-Zuweisungen)

Immerhin: Die Bayer. Staatsregierung hat die finanzielle Bedrängnis der Kommunen erkannt. Nach dem Ergebnis des Gesprächs mit den kommunalen Spitzenverbänden wird der Freistaat seine Finanzausgleichsleistungen 2025 an die Kommunen in Bayern um über 600 Mio. € auf annähernd 12 Milliarden € erhöhen.

Finanzschwache Gemeinden und Landkreise erhalten so über 400 Mio. € mehr. Auch die Ausgleichsmasse für die Bezirke nach Art. 15 FAG werden um 120 Mio. € steigen. Das hilft uns sehr! Wir bekommen so im nächsten Jahr so 8,8 Mio. € mehr als noch 2024.

Auch hier gilt es zu betonen: Der Bezirk Oberfranken gibt diese Entlastung in Folge der Erhöhung der staatlichen Ausgleichsmasse nach Art. 15 FAG vollständig an die Landkreise und kreisfreien Städte als seine Umlagezahler weiter! Allein diese Summe entspricht rechnerisch einer weiteren Anhebung der Bezirksumlage um etwa 0,6 Punkte.

(Investitionen und Baumaßnahmen)

Parallel zu all diesen Entwicklungen investieren wir – und dies ist ein echter Kraftakt - weiterhin gezielt in die Modernisierung unserer Gesundheitseinrichtungen. Unser Ziel ist es, Patientinnen und Patienten eine optimale Versorgung zu bieten und gleichzeitig den Mitarbeitenden moderne und attraktive Arbeitsbedingungen zu gewährleisten.

Ein Schwerpunkt bleibt dabei unsere Verpflichtung, die bauliche Modernisierung der Kliniken und Liegenschaften des Bezirks voranzutreiben. Trotz der erschwerten Rahmenbedingungen ist es unser erklärtes Ziel, den Herausforderungen der Gegenwart angemessen zu begegnen, die Zukunftsfähigkeit des Bezirks zu gewährleisten und gleichzeitig die bestmöglichen Bedingungen für die Menschen, die uns anvertraut sind, zu schaffen.

(Personalwesen)

Bestmögliche Bedingungen – diese wollen wir natürlich auch für unsere Beschäftigten schaffen und unsere Attraktivität als Arbeitgeber noch weiter steigern.

Im Bereich der Personalpolitik, sehr geehrter Herr Raithele, haben sich die Umstrukturierungen der Sozialverwaltung, etwa die Einführung der Funktionen der mittleren Sachbearbeitung und Teamassistenz, erfolgreich etabliert. Das Ziel, dadurch die Sachbearbeitung zu entlasten und Verwaltungsabläufe zu straffen, wurde tatsächlich erreicht!

Insgesamt dürfte weitestgehend der Endstand der erforderlichen Stellen in der Sozialverwaltung erreicht sein. In den kommenden Jahren dürften allenfalls noch „Feinjustierungen“ bei den Stellenbedarfen notwendig werden.

Die bereits erfolgten und im kommenden Jahr anstehenden Tarif- und Besoldungserhöhungen belasten den Personalkostenhaushalt natürlich in starkem Maße. Dies sehen wir als keineswegs einseitig als „Belastung“, sondern ausdrücklich auch als wichtige Investition in unsere qualifizierten Beschäftigten und Beamten sowie in unsere Attraktivität als Arbeitgeber insgesamt.

Nicht zuletzt halten wir unsere Ausbildungsbemühungen auf konstant hohem Niveau. Hierdurch wird es uns in der nahen Zukunft hoffentlich möglich sein, die große Zahl an ausscheidenden Kolleginnen und Kollegen der sogenannten „Baby-Boomer-Jahrgänge“ zu kompensieren.

In diesem Zusammenhang danke ich unserer neuen Ausbildungsleiterin, Frau Felicitas Mertel, sehr herzlich dafür, dass sie sich dieser verantwortungsvollen Aufgabe stellt. Ich wünsche Ihnen, liebe Frau Mertel, hierbei viel Freude und vor allem Erfolg!

(freiwillige Leistungen)

Meine Damen und Herren, neben den Pflichtaufgaben bleibt der Bezirk auch 2025 ein engagierter Förderer kultureller, sportlicher und gesellschaftlicher Projekte. Mehr als 5,6 Millionen Euro stehen für freiwillige Leistungen bereit, die das Leben in Oberfranken bereichern.

Von den Bamberger und Hofer Symphonikern über Haus Marteau bis hin zu zahlreichen Theatern und Kleinkunstabühnen – wir tragen auch im kommenden Jahr in unverändert hohem Maße dazu bei, das kulturelle und soziale Leben im Bezirk zu gestalten.

(Zusammenfassung, Dank)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

trotz aller Widrigkeiten und kaum noch vorhandenen Spielräume ist der Ihnen vorliegende Haushaltsplan des Bezirks für 2025 aus unserer Sicht ein fairer Kompromiss zwischen den berechtigten Interessen der oberfränkischen Landkreise und Kommunen wie auch der Verpflichtung des Bezirks, den Aufgaben in seinem eigenen Wirkungskreis bestmöglich nachzukommen.

Er ermöglicht es uns, die notwendigen Leistungen auch in einem zunehmend schwierigen Umfeld zu erbringen und gleichzeitig zukunftsgerichtet zu investieren.

Ich danke allen Beteiligten, die an der Erstellung des Haushalts mitgewirkt haben, sowie Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, für Ihre Unterstützung. Lassen Sie uns gemeinsam die Herausforderungen angehen und den Bezirk Oberfranken auch 2025 auf einem soliden Kurs halten.

Ich bitte um Ihre Zustimmung zum Haushalt 2025. Herzlichen Dank.



FW – FREIE WÄHLER
Im Bezirkstag Oberfranken

es gilt das gesprochene Wort
Sperrfrist: 11.12.2024

Rede anlässlich der Verabschiedung des Bezirkshaushalts 2025

**Sehr geehrter Herr Bezirkstagspräsident,
sehr geehrter Herr Regierungspräsident,
werte Kolleginnen und Kollegen des Bezirkstages,
geschätzte Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltung und der
Medien, meine sehr geehrten Damen und Herren,**

Ziel der öffentlichen Haushaltsführung des Bezirks Oberfranken muss stets sein, einen möglichst ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Es ist dabei die besondere Verantwortung der Verwaltung und der Mandatsträger, den Pflichtaufgaben gerecht zu werden, die eigenen Einrichtungen zukunftsfähig zu gestalten sowie berechnete Anliegen der Bürgerinnen und Bürger im Hinblick auf unsere Dienstleistungsangebote mit den vorhandenen Möglichkeiten in Einklang zu bringen. Die Verwaltung legt uns heute einen unter Einbindung aller politischen Gruppierungen konzipierten Haushaltsplanentwurf 2025 vor, der im Vorfeld hinreichend diskutiert wurde. Auf jedes Detail abermals einzugehen, führte zu weit, weshalb ich mich nur auf einige Anmerkungen beschränken werde.

Der Haushaltsplanentwurf für 2025 wurde im November 2024 mit den Vorsitzenden der Bezirkstagfraktionen und den Vertretern der übrigen im Bezirkstag vertretenen Parteien eingehend erörtert. Im Ergebnis folgte eine Verständigung darauf, einen Haushaltsplanentwurf mit einem Hebesatz der Bezirksumlage in Höhe von 21,3 Hebesatzpunkten bei einem vorgesehenen Ausgleich des sich für 2024 abzeichnenden Fehlbetrages in Höhe von ca. 5,0 Millionen einzubringen.

Der Stellenplanentwurf 2025 wurde durch die Vertreter der Parteien im Bezirksausschuss vorberaten und dem Bezirkstag einstimmig zum Beschluss empfohlen.

Auch die im Haushaltsentwurf enthaltenen freiwilligen Leistungen basieren auf einstimmigen Empfehlungen des Ausschusses für Kultur und Heimatpflege.

Der Etatentwurf selbst wurde im November in der Sitzung des Bezirkstages hinreichend erörtert. Im Ergebnis verständigte man sich abweichend zur ursprünglichen Empfehlung der Fraktionsvorsitzendenrunde darauf, eine Erhöhung des Hebesatzes um lediglich 2,0 auf 21,0 Hebesatzpunkte vorzusehen und über einen möglichen Ausgleich des Fehlbetrages 2024 in der heutigen Sitzung gesondert zu beraten. Berücksichtigt wurde hierbei die nachträgliche Erhöhung des Kommunalanteiles am Steuerverbund von 12,75 auf 13 Prozent und damit einhergehend die Erhöhung der Finanzmittelzuweisung im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs. Das, was wir mehr an Finanzmitteln erhalten, geben wir 1:1 durch einen in gleicher Höhe reduzierten Hebesatz an unsere Umlagezahler weiter, das ist fair.

Unsere aktuellen Haushalte sind geprägt von einer für 2024 bestätigten und für 2025 prognostizierten deutlichen Ausgabensteigerung im Einzelplan 4 – Soziale Sicherung. Selbst wenn man nur den bisherigen monatlichen Durchschnitt Januar bis November 2024 mit rund 43 Mio. EURO für Dezember 2024 zugrunde legen würde, hätte dies zur Folge, dass der Planansatz der Ausgaben im Einzelplan 4 mit voraussichtlich 511,31 Mio. EURO um mehr als 22,47 Mio. EURO überschritten wäre. Setzt man für das kommende Haushaltsjahr Ausgaben auf dem Niveau der Monate Oktober/November an, wären die im Etatentwurf 2025 für Einzelplan 4 vorgesehenen Ausgabeansätze in Summe von knapp 540,40 Mio. EURO in einer Größenordnung von über 52 Mio. EURO überschritten. Der im Etatentwurf 2025 aus Rücksicht auf die Umlagezahler sehr moderat gewählte Ansatz im Einzelplan 4 ist somit ein erhebliches finanzielles Risiko, das müssen wir uns vor Augen halten.

Nach Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts sind Kommunen mit umlagefinanzierten Haushalten verpflichtet, nicht nur den eigenen Finanzbedarf sondern auch denjenigen der Umlagezahler zu berücksichtigen. In der Gesamtbetrachtung der oberfränkischen Umlagezahler ergibt sich ein überwiegend schwach positives Bild, was deren finanzielle Leistungsfähigkeit anbelangt. Gleichwohl darf nicht übersehen werden, dass deren finanziellen Reserven zunehmend aufgezehrt werden und sich die Rahmenbedingungen spürbar verschlechtern. Auch der Bezirk Oberfranken kann sich der allgemeinen Entwicklung nicht entziehen. Erhöhte Fallzahlen im Zuständigkeitsbereich des Sozialplans 4, eine Bundesgesetzgebung, die einen personellen

Mehrbedarf in der Sachbearbeitung erfordert, hohe Tarifabschlüsse und anderes mehr bringen auch den Bezirk an den Rand seiner Leistungsfähigkeit. Als Ergebnis kann festgehalten werden, dass eine Erhöhung des Bezirksumlagehebesatzes um bis zu 2,3 Punkte auf 21,3 den finanziellen Spielraum der Landkreise und kreisfreien Städte nicht unverhältnismäßig belasten würde. Damit würden wir im bayernweiten Vergleich der Bezirke immer noch einen der niedrigsten Hebesätze vorweisen können. Unsere Fraktion würde deshalb, wenn auch schweren Herzens, einem Hebesatz der Bezirksumlage in Höhe von 21,3 Prozentpunkten zustimmen.

Auch 2025 wird es unsere vorrangige Aufgabe bleiben, behinderte und pflegebedürftige Menschen mit Leistungen des Bezirks zu unterstützen. Dieser Kernaufgabe kommen wir sehr gerne nach.

Darüber hinaus warten weitere Herausforderungen auf uns: Die bauliche Modernisierung unserer Kliniken, Gesundheitseinrichtungen und sonstigen Liegenschaften wird uns auf Jahre hinaus organisatorisch und finanziell fordern, der Finanz- und Investitionsplan spricht hier eine deutliche Sprache.

Unsere vielfältige Unterstützung im Bereich der Kultur- und Heimatpflege sowie der Landwirtschaft und Fischerei wollen wir trotz der angespannten Haushaltslage beibehalten. Wir setzen dadurch nicht nur ein Zeichen der Wertschätzung all denen gegenüber, die sich dafür einsetzen, dass Oberfranken eine lebens- und liebenswerte Heimat sowie eine unverwechselbare Wohlfühlregion mit guten Zukunftschancen bleibt, wir erweisen uns damit auch als zuverlässiger Partner der Vereine, Institutionen und Einrichtungen.

In der Bezirksverwaltung sind über 430 Beschäftigte angestellt, wobei es in den letzten Jahren aufgrund gestiegener Fallzahlen und gesetzlicher Änderungen gerade auch im Bereich des Sozialplan 4 erforderlich war, den Personalkörper entsprechend anzupassen. Trotz der hierdurch und durch hohe Tarifabschlüsse bedingten Steigerung der Personalkosten darf man erfreut konstatieren, dass sich die Altersstruktur der Verwaltung durch die seit einigen Jahren erfolgreich praktizierte Ausbildung eigener Nachwuchskräfte verbessert hat, weshalb die in den nächsten Jahren einsetzende Ausscheidungswelle der Altersgruppe ab 55 Jahren kompensiert und die Leistungsfähigkeit der Verwaltung gesichert werden kann.

Ich komme zum Schluss:

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

der Bezirk Oberfranken hat mit dem vorliegenden Zahlenwerk einen sehr knapp bemessenen aber realistischen Haushalt aufgestellt, gleichwohl nicht verschwiegen werden darf, dass die potentiellen, derzeit nicht kalkulierbaren Risiken, diesen noch maßgeblich beeinflussen können. Wir haben keine finanziellen Reserven mehr, das zeigt allein schon der Umstand, dass wir unsere Rücklagen auf den gesetzlich vorgeschriebenen Mindeststand abgeschmolzen haben. Es darf also nichts schief gehen und nichts Unvorhergesehenes hinzukommen.

Die FREIEN WÄHLER werden trotz dieser Fragezeichen dem Haushaltsplan, der Haushaltssatzung sowie dem Finanz- und Investitionsplan zustimmen.

Und nun ist es an der Zeit, Danke zu sagen:

Für die sachliche und angenehme Zusammenarbeit bei der Erstellung des Haushaltsplans bedanken wir uns bei unserem Bezirkskämmerer, Herrn Löhr und seiner Mannschaft..

Dieses Dankeschön gilt auch denen, die unsere Sitzungen vorbereiten und begleiten, stellvertretend für alle danken wir dem Leiter der Hauptverwaltung Herrn Ltd. Regierungsdirektor Meyer und dem Geschäftsführer des Bezirks, Herrn Roder.

Vielen Dank für das Geleistete sagen wir zudem allen Führungskräften, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bezirks und in den verschiedenen Bezirkseinrichtungen.

Ein herzliches Dankeschön für ihre wichtige Arbeit zum Wohle unserer Gesellschaft ergeht auch an die Träger der Wohlfahrtspflege.

Geschätzten Kolleginnen und Kollegen des Bezirkstages, auch Ihnen gilt der Dank: Unser Miteinander war von gegenseitigem Respekt und sachlicher Fokussierung auf die wichtigen Aufgabenstellungen geprägt und so war es uns eine Freude, mit Ihnen gemeinsam die Gegenwart und Zukunft unserer Heimat zu gestalten.

Sehr geehrter Herr Bezirkstagspräsident,

große Aufgaben warten auf uns, denke ich an die geplanten Investitionen in unsere Bezirkseinrichtungen aber auch an unsere umfangreichen Pflichtaufgaben. Es wird also nicht einfach werden, aber wenn wir alle Aufgaben als positive Herausforderungen und weniger als Probleme betrachten, dann werden wir sie auch gemeinsam meistern. Heute darf ich Ihnen, Herr Präsident, im Namen meiner Fraktion versichern, dass wir Ihre Amtsführung als konstruktiv, zielführend und zwischenmenschlich sehr angenehm empfinden. Wir werden Sie deshalb auch im kommenden Haushaltsjahr nach bestem Wissen und Gewissen begleiten und unterstützen. Vor diesem Hintergrund wünsche ich uns allen bei der Verteilung der Mittel und bei der Priorisierung und Umsetzung der Maßnahmen eine glückliche Hand.

Danke für Ihre geschätzte Aufmerksamkeit.

Gez.

Manfred Hümmer

Fraktionsvorsitzender

Begrüßung Präsident, Kolleginnen

Zustimmung SPD zum Haushalt, auch mit 21,3 für Ausgleich Fehlbetrag

Auch mit mehreren kommunalen Hüten, weil Aufgaben so enormen Wert haben:

Haushalt kommt Menschen zugute, die ohne unsere Hilfe kein so lebenswertes Leben

Unsere Sozialleistungen insb:

Menschen mit Behinderung, oftmals unverschuldet

Menschen auf Hilfe im Alter oder Pflege angewiesen

Menschen mit geistiger Behinderung oder Suchtkrankheiten in Gebo -> InvestKostZuschuss

Sozialverwaltung, Gebo und Träger leisten gute Arbeit – Systemisch aber nicht perfekt

Pauschal Standards senken wäre falsch. Das „Wie“ der Standards ist entscheidend. In Zusammenarbeit mit Betroffenen und Trägern identifizieren: Welche Vorgaben bringen in Praxis wenig oder haben schlechte Kosten-Nutzen-Analyse

Transferzahlungen Bund und Land reichen nicht

Beispiel Bund: Millionenzahlungen zur Mehrbelastung nach Änderungen im Bundesteilhabegesetz gut; aber problematisch, wenn keine Anpassung an erhöhte Fallzahlen erfolgt, sondern nur pauschal gezahlt wird

Land: Schulbegleiter (Kinder im Unterricht unterstützen) werden durch Bezirke bezahlt – sinnvoller, im Kulturministerium anzuordnen/bezahlen, da dann einheitliche Verwaltung Lehrkräften & Begleitern, deutlich weniger Organisationsaufwand

Allgemein: wie auch CSU-Meißner: Problem im Kommunalen Finanzausgleich. Wir sind für Erhöhung der Art. 15 FAG-Mittel + der Verbundquote von 12,75 auf 13,00 Prozent dankbar. Ändert nichts am Grundproblem: Kostensteigerung höher als Zuweisung der Staatsregierung + „Aussage: Höchste Transferzahlungen in ganz Deutschland“ nur in absoluten Zahlen richtig, tatsächlich aber niedrigste Verbundquote in ganz Deutschland -> Kommunen unterfinanziert!

Unser Wunsch:

Bund + Land Aufarbeitung mit Betroffenenverbänden & Trägern über sinnlose Standards bzw. wo Kosten-Nutzen-Verhältnis nicht passt

Bund Transferzahlungen an Fallzahlen koppelt

Freistaat sich ehrlich machen und Kommunalen Finanzausgleich massiv erhöhen und mehr Vertrauen in Kommunen vor Ort

- ➔ Dann können wir den uns anvertrauten Menschen helfen UND Landkreisen, Gemeinden, Kreisfreien Städten verbleibt genügend Mittel, um Kultur, Sport, Freizeit, Transformationsprozesse vor Ort zu organisieren
- ➔ Danke an Kollegen + Mitarbeitenden + Partnern

Rede zur Verabschiedung des Bezirkstags-Haushalts 2025

2024-12-11

Sehr geehrter Herr Bezirkstagspräsident,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

gleich vorweg, die Grünen stimmen dem Haushaltsplan und der Haushaltssatzung für das Jahr 2025 zu.

Für den Bezirk Oberfranken erbrachte die Erhöhung des Finanzausgleichs eine Steigerung von 8,8 Millionen Euro, jedoch mit der Zusage diese Steigerung eins zu eins an die kreisfreien Städte und Landkreise weiterzugeben. Somit ergibt sich nun für Oberfranken eine Umlagesteigerung von zwei Prozentpunkten auf insgesamt 21 anstelle der notwendigen 21,6. Es kommt erschwerend hinzu, dass der Bezirk für 2024 voraussichtlich mit einem Defizit von über 5 Millionen Euro abschließen wird und dieses Defizit über die Bezirksumlage 2025 gegenrechnen wird, und sich somit die Bezirksumlage auf 21,3 Prozentpunkte einspielt, was der eins zu eins Senkung aber entgegenwirkt.

Die kommunale Familie mit Städten und Gemeinden, Bezirken und Landkreisen braucht genügend Personal und genügend Geld. Das derzeitige Finanzierungssystem zwingt die Bezirke, sich fehlendes Geld über die Bezirksumlage von den Landkreisen und kreisfreien Städten zu holen. Die Landkreise wiederum müssen über die Kreisumlage tief in die Taschen der Städte und Gemeinden greifen. Die letzten beißen die Hunde. Die Gemeinden tragen die Umlagelast.

Es muss uns endlich gelingen aus diesem systemischen Fehlsystem auszubrechen und politisch auf allen Ebenen Veränderungen herbeizuführen.

Dass es anders geht, zeigt der Blick in die Nachbarbundesländer. In Baden-Württemberg bekommen die Kommunen zum Beispiel zwei Prozentpunkte mehr aus dem allgemeinen Steuerverbund als in Bayern (15 % statt 13 %). Wir fanden es schon als sensationell, als unser Anteil jetzt von 12,75 % auf 13 % erhöht worden ist.

Unsere Forderung wäre:

- Mehr frei verfügbares Geld für die Bezirke: ab 2026 Erhöhung des kommunalen Anteils am allgemeinen Steuerverbund auf 15 %.
- Einen eigenen Anteil am allgemeinen Steuerverbund für die Bezirke.
- Frühzeitige Einbindung der vier kommunalen Spitzenverbände in Gesetzesvorhaben – vor allem wenn, wenn sie sich aufs Geld auswirken. Das gilt in der Auseinandersetzung sowohl auf Landes- wie auch auf Bundesebene.

Herr Präsident,

sie sprachen davon, dass der Bezirk das soziale Herz Oberfrankens sei. Das kann ich nur unterstreichen, jedoch kommt es zu einer Kostenexplosion im Sozialwesen.

Die Bezirksausgaben sind geprägt und massiv gefordert von den steigenden Kosten.

Woher kommt denn nun die „Kostenexplosion“ im Sozialwesen, die die Bezirke derart fordert?

Zum einen sind es die Gehaltssteigerungen im sozialen Bereich. Diese Gehaltssteigerungen waren unumgänglich, wenn man das Personal halten will und das Berufsbild attraktiv sein soll. Hinzu kamen eine hohe Inflation verbunden mit steigenden Sachkosten sowie eine enorme Steigerung der Energiekosten.

Auch die Coronazeit zeigt bis heute massive Spuren. Deren psychische Auswirkungen, insbesondere bei Kindern und Jugendlichen, trifft uns zeitverzögert erst jetzt und führt zu einem Anstieg der Fallzahlen.

Weiter haben wir in Oberfranken durch den demographischen Wandel schon jetzt eine alternde Gesellschaft, die helfende Hände und entsprechende Finanzierung benötigt – und da ist das Ende noch nicht abzusehen. Alles das, all diese Leistungen, fallen in den Zuständigkeitsbereich des Bezirks und sorgen für den steigenden Finanzbedarf – und wir sind hier noch nicht am Ende der Fahnenstange.

Wer soll die Arbeit leisten?

Überall herrscht Fachkräftemangel. So werden wir auch zukünftig darauf angewiesen sein, dass Fachkräfte aus dem Ausland zu uns kommen und unsere freien Stellen im sozialen Bereich besetzen. Und wer jetzt laut schreit, alle Flüchtlinge aus Syrien müssen sofort in ihre Heimat zurückkehren und abgeschoben werden, dem sage ich, es arbeiten alleine fast 6.000 syrische Ärztinnen und Ärzte in Deutschland sowie Zig-Tausende Pflegekräfte. Deshalb müssen wir alle gemeinsam an einer gelingenden Integration arbeiten, sonst können wir die Probleme im Sozialbereich niemals bewältigen.

Zum Abschluss sage ich Dank für die konstruktive und vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Danke an den Bezirkstagspräsidenten, den Kolleginnen und Kollegen und den fleißigen Menschen in der Verwaltung.

Ich wünsche Ihnen auch im Namen von Frau Dagmar Keis-Lechner ein schönes Weihnachtsfest und einen guten Übergang ins neue Jahr.

Wolfgang Grader

Bezirksrat

Bündnis 90 / Die Grünen

Redebeitrag von Dr. Oliver Hammrich für die AfD-Fraktion im Bezirkstag Oberfranken zur Debatte über den Entwurf des Bezirkshaushalts für 2025.

Sehr geehrter Herr Präsident, werte Anwesende.

Auch von der AfD-Fraktion recht herzlichen Dank an die Bezirksverwaltung für die Aufstellung des Haushaltsentwurfs. Das ist keine leichte Aufgabe in diesen schwierigen Zeiten, und wir haben wenig Spielraum aufgrund der bundesgesetzlichen Vorgaben. Grundsätzlich befürworten wir die Anhebung des Hebesatzes. Das ist notwendig und das absolute Minimum für eine solide Finanzierung des Haushalts. Wir stimmen dem vorgeschlagenen Hebesatz somit zu. Es handelt sich aber auch um ein politisches Signal, das wir als Bezirkstag senden, nach oben, nach unten, zu den verschiedenen Ebenen der Politik. Wir sind der Meinung, dass dieses politische Signal eines weiteren politischen Signals bedarf, und daher stellen wir drei Änderungsanträge zum Haushalt. Diese drei Änderungsanträge, die ich kurz erwähnen werde, dienen nicht dazu, 1% auf 0,5% zu reduzieren. Es geht hier im wesentlichen nicht um Einsparungen, das ist klar, sondern es geht darum, ein weiteres politisches Signal zu setzen, dass wir unsere legislative Verantwortung wahrnehmen, dass wir nicht nur ein exekutives Gremium sind, das an die Bundesgesetze gebunden ist, sondern dass wir tatsächlich legislative Verantwortung übernehmen können. Da möchten wir mit diesen drei Änderungsanträgen einen Ansatz einbringen, eben im Rahmen unserer Möglichkeiten.

Der erste Antrag ist im Bezirksausschuss schon besprochen worden. Da geht es um die Reduzierung der Förderung für den Bezirksjugendring und zwar in dem Umfang, wie die Akzeptanz der Angebote bei der Jugend zurück gegangen ist. Da können wir, wenn wir über den Antrag reden, nochmals die genauen Details beraten. Aber die Jugend nimmt das Angebot weniger wahr, und entsprechend sollten wir die Förderung des Bezirksjugendrings reduzieren.

Der zweite Antrag den wir einbringen ist: Wie wir alle wissen, ist die deutsche Wirtschaft in Summe derzeit nicht gut aufgestellt. Überall werden Stellen reduziert, Unternehmen müssen ihre Stellen abbauen, aufgrund der gestiegenen Kosten. Diese Stellenreduktion ist sehr schwierig, und deswegen müssen wir als Bezirk auch in eine politische Verantwortung gehen. Wir können es nicht befürworten, wenn wir hier in der Bezirksverwaltung Stellen aufbauen, wo im Bereich der freien Wirtschaft derzeit überall Stellen abgebaut werden. Das wäre durchaus ein falsches politisches Signal. Deswegen haben wir einen zweiten Antrag: im Stellenplan die eine Stelle, die für die Öffentlichkeitsarbeit neu geschaffen werden soll, nicht zu schaffen.

Der dritte Änderungsantrag, den wir einbringen, betrifft die freiwilligen Leistungen. Wir wollen selbstverständlich die freiwilligen Leistungen nicht radikal reduzieren, darum geht es nicht. Die kulturelle Förderung ist eine wichtige Aufgabe. Aber wenn wir in den Plan schauen: die freiwilligen Leistungen wurden um 2,5 % erhöht. Wenn wir die Projekte genauer betrachten, die im Haushalt aufgeführt sind, müssen wir feststellen: es gibt insgesamt 11 Zuwendungsprojekte, für die uns die Empfänger keinen Zuwendungsantrag vorgelegt haben. Dieser Zuwendungsantrag, das sind nur 2 Seiten. Ich denke, das ist zumutbar für jeden, der vom Bezirk eine Zuwendung haben möchte, diesen Antrag auszufüllen. Und wenn dieser Antrag nicht vorliegt, wie sollen der Kulturausschuss und letztlich der Bezirkstag entscheiden, ob diese Zuwendung gerechtfertigt ist oder nicht. In Summe handelt es sich bei diesen 11 Projekten, die ohne Antrag eingestellt wurden, um eine Summe von 250.000 €. Das ist unser Antrag: diese Zuwendungen nicht zu gewähren, weil hier gemäß der Zuwendungsrichtlinie, der notwendige Antrag nicht gestellt wurde, und wir nicht beurteilen können, ob die Gelder auch sinnvoll im Rahmen der kulturellen oder sportlichen Förderung verwendet werden.

Darüber hinaus würden wir gerne heute in der Sitzung noch drei weitere Anträge einbringen, nicht beraten und beschließen, sondern nur einbringen. Diese drei weiteren Anträge haben das Ziel, im laufenden Haushaltsjahr 2025 weitere Potentiale für Einsparungen zu analysieren.

Da geht es einmal darum, die Zuwendungsrichtlinie für die freiwilligen Leistungen zu überarbeiten, damit in Zukunft der Kulturausschuss und dann auch der Bezirkstag alle notwendigen Informationen haben, um hier effizient Entscheidungen über diese Projekte zu treffen. Das sehen wir im Moment nicht gegeben. Da gibt es Potential, die Zuwendungsrichtlinie zu konkretisieren, zu schärfen, damit wir in Zukunft über diese Projekte fundierter und objektiver entscheiden können.

Der zweite Vorschlag, den wir einbringen möchten, betrifft die Überprüfung dieser Zuwendungen. Denn wir mussten feststellen, dass in einzelnen Fällen die Vorschriften aus der Zuwendungsrichtlinie nicht eingehalten wurden. Zum Beispiel ist zu hinterfragen, wie die Gelder verwendet wurden, im Sinne eines Verwendungsnachweises, der eingereicht werden müsste. Es ist nicht klar, ob das in allen Fällen der Fall war. Und letztlich sollte auch, wenn eine Zuwendung durch den Bezirk passiert, das in der Öffentlichkeit bekannt gegeben werden, dass eine Veranstaltung durch den Bezirk gefördert wurde. Das ist ein weiterer Vorschlag, die Überprüfung dieser Zuwendungen zu verbessern.

Und noch ein dritter Vorschlag. Denn die freiwilligen Leistungen sind nur ein sehr kleiner Teil, und da geht es eher um das politische Signal als um die Einsparungen. Aber auch im Einzelplan 4, gibt es eventuell Möglichkeiten, Einsparungen im laufenden Haushalt zu treffen. Da hatte ich letztes Mal schon erwähnt, gab es aus dem Fachausschuss Soziales eine Idee, die wir jetzt in einem Antrag aufgreifen. Nämlich zu überprüfen, ob es nicht sinnvoll ist, die Zuwendungsrichtlinien zu verschärfen, um letztlich des Anspruchsverhalten der Berechtigten besser zu beurteilen. Es sind nicht nur die Fallzahlen gestiegen. Wie der Fachausschuss Soziales im Bezirkstag berichtet hat, ist auch das Anspruchsverhalten gestiegen. Herr Präsident, sie hatten das auch schon erwähnt. Und da denke ich, sollten wir darüber nachdenken, in Zusammenarbeit mit dem Sozialreferat, in wie weit eine Erneuerung einer Bemessungsrichtlinie sinnvoll und effektiv möglich ist.

Soweit zu den Anträgen, die drei Änderungsanträge, über die wir heute beschliessen müssen, und drei weitere Anträge die wir heute einbringen möchten für das kommende Jahr. Zum Einzelplan 5 noch eine abschliessende Bemerkung: Die Gesundheitseinrichtungen des Bezirks Oberfranken tauchen in unserem Haushaltsplan im wesentlichen nur mit dem Verlust aus den Personalkosten in Höhe von 3 Millionen € auf. Das ist aber nicht der gesamte Haushalt der GeBO. Ich halte das für bedenklich, dass wir hier als Bezirkstag kaum Informationen haben. Schliesslich, wenn hier im GeBO-Haushalt höhere Verluste auftreten, müssen wir die Verantwortung übernehmen. Diese Auslagerung in die GeBO ist eine bedenkliche Sache, weil hier für mich nicht die nötige Transparenz da ist, um letztlich auch über den Einzelplan 5 hinreichend zu entscheiden.

Zusammenfassend: Mit der Einbringung der 3 weiteren Anträge für das kommende Jahr bieten wir unsere Zusammenarbeit an bei der Bewertung und Beratung weiterer Maßnahmen um den Haushalt zu entlasten. Um bereits heute ein differenziertes politisches Signal zu setzen, in dem wir unsere Verantwortung gegenüber dem Steuerzahler zum Ausdruck bringen, bitten wir um Zustimmung zu den drei Änderungsanträgen: zum Verzicht auf Stellenaufbau, zur Streichung der unbegründeten freiwilligen Leistungen und zur Reduktion der Bezirksjugendring-Förderung. Wir stimmen der Erhöhung des Hebesatzes zu, die ist notwendig und sinnvoll. Wir sind aber nicht bereit, den Haushaltspositionen zum Stellenplan und zu den freiwilligen Leistungen zuzustimmen, wenn dieses Gremium nicht bereit ist, hier ebenfalls ein politisches Signal zu setzen. Vielen Dank.